



Änderungsantrag

der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

Flächendeckendes Netz Kriminalpräventiver Räte stärken

Drucksache 18 2779

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die Gewährleistung der Sicherheit Kernaufgabe des Staates ist. Das Land Schleswig-Holstein als oberster Dienstherr gewährleistet dies, durch gute Ausbildung, gute Ausrüstung und gute Ausstattung unserer Landespolizei.

Die Menschen unseres Landes sollen sich in allen Regionen sicher fühlen. Der Landtag begrüßt daher ausdrücklich, dass die Organisationsstruktur besonderen Wert auf die Polizei in der Fläche legt. Auch in Zukunft wird es hier keinen Rückzug aus ländlichen Bereichen geben.

Wir unterstützen das Engagement der Bevölkerung für eine sichere Nachbarschaft, "Bürgerwehren" lehnen wir jedoch ab. Das Gewaltmonopol des Staates darf nicht zur Diskussion gestellt werden. Im Umgang mit besorgten Bürgerinnen und Bürgern untermauert der Landtag seinen Beschluss zur Drucksache 18/1148, die Strategie der Gemeinwesen orientierten Landespolizei weiter zu entwickeln und eine flächendeckende Vernetzung aller Akteure zu fördern, die ein Interesse und Möglichkeit haben, an der Verhinderung von Straftaten mitzuwirken. Beispielhaft hierfür steht das flächendeckende Netz kriminalpräventiver Räte, die es zu stärken gilt.

Simone Lange
und Fraktion

Burkhard Peters
und Fraktion

Lars Harms
und die Abgeordneten des SSW